

# Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 9. Februar 1929

Nummer 12

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezuga - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

## Schlichtungs- oder Rechtsprechungskrise?

(Schluß.)

Wir haben zum Schluß des Leitartikels in voriger Nummer der Ansicht Ausdruck gegeben, daß durch die Begründung der Nichtigerklärung des Reichsarbeitsgerichts gegenüber dem Schiedspruch vom 26. Oktober v. J. im nordwestdeutschen Eisenkonflikt die materielle Seite der Sache auf dem Boden des Schlichtungswesens in den Hintergrund gerückt, dafür aber eine Krise der Rechtsprechung in den Vordergrund getreten sei. Bevor wir auf eine nähere Begründung dieser Behauptung eingehen, seien noch einige Erläuterungen bezüglich der Bedeutung der Schiedsprüche im Rahmen des Schlichtungswesens vorausgeschickt.

Da ist zunächst zu beachten, daß ein Schiedspruch allein noch kein bindendes Recht schafft. Er kann von den Tarifparteien angenommen oder abgelehnt werden. Erst wenn er von den Tarifparteien angenommen wird, erlangt er tarifvertragliche Rechtsgültigkeit. Wird ein Schiedspruch nur von einer Tarifpartei anerkannt, von der anderen aber nicht, dann hat er für die ablehnende Tarifpartei noch lange keine Rechtsgültigkeit. Diese tritt nämlich auch für die ablehnende Tarifpartei erst dann ein, wenn der Schiedspruch entweder auf Antrag der anerkennden Partei oder von Amts wegen durch den zuständigen Schlichter oder den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wird. Die Verbindlichkeitserklärung erfolgt nach der Schlichtungsverordnung die noch fehlende Zustimmung einer oder beider Tarifparteien. Jeder Schiedspruch ist vor seiner Verbindlichkeitserklärung oder vor seiner Anerkennung durch die Tarifparteien nur ein Vorschlag und keine die Tarifvertragsparteien ohne weiteres bindende Verpflichtung. Das galt auch für den Schiedspruch Zöttens vom 26. Oktober v. J. für die Eisenindustrie, galt auch für uns Buchdrucker bei dem Schiedspruch der unparteiischen Vorsitzenden des Zentrallichtungsamtes vom 9. März v. J. Auch die einige Tage später erfolgte Anerkennung des letzteren von Prinzipalseite gab diesem Schlichterpruch noch keine Rechtsgültigkeit für beide Tarifvertragsparteien. Diese Wirkung hatte erst die am 24. März 1928 durch den damaligen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit dem Charakter eines staatspolitischen Hoheitsaktes ausgesprochene Verbindlichkeitserklärung. Dieser haben sich die deutschen Buchdrucker in Respektierung ihrer Pflicht als Staatsbürger unterworfen und nahmen ihre schon ausgesprochene Kündigung noch vor deren Ablauf in gewerkschaftlicher Disziplin nach Aufforderung ihrer Organisationsvorstände zurück.

Im Eisenkonflikt war die Sache zwar von Anfang an nicht anders, wohl aber in ihrem Ausgang. Auch der Schiedspruch Zöttens vom 26. Oktober v. J. war infolge Ablehnung von Unternehmerseite nicht rechtsgültig, sondern nur ein Vorschlag. Die Organisationen der Metallarbeiter nahmen den Schiedspruch an; wodurch er aber ebenfalls noch nicht rechtsgültig war. Deshalb beantragten sie dessen Verbindlichkeitserklärung. Letztere erfolgte nach den dafür vorgeschriebenen, aber ergebnislosen Vorverhandlungen am 31. Oktober. Durch diesen staatspolitischen Hoheitsakt erhielt der Schlichterpruch Zöttens zwangsläufig tarifvertragliche Rechtsgültigkeit für beide Tarifparteien. Dennoch hielten die Unternehmer der nordwestdeutschen Eisenindustrie die schon vorher ausgesprochene Kündigung von 220 000 Arbeitern aufrecht und nahmen sie trotz der Verbindlichkeitserklärung nicht zurück. Damit lehnten sie sich offen gegen die Staatsgewalt auf, weil nach ihrer Ansicht der Schiedspruch angeblich materiell wie formell rechtswidrig

zustande gekommen sei. Die materielle Rechtswidrigkeit erblickten sie in einen Eingriff in den Rahmentarif, der für gewisse Lohngruppen eine bezirks- und betriebsweise Regelung vorsieht; formell sei die Rechtswidrigkeit gegeben, weil der Schiedspruch nur durch den Schlichter allein und nicht durch einen Mehrheits- oder Kollegialentscheid gefällt worden ist.

Was von beiden Einwänden zu halten ist, haben wir schon in voriger Nummer dargelegt. Wir sind der Ansicht, daß selbst wenn beide Einwände stichhaltig wären, die durch den Reichsarbeitsminister ausgesprochene Rechtsverbindlichkeit als staatspolitischer Hoheitsakt zunächst über Rechtsformalitäten stand und daher auch so lange gültig war und von beiden Tarifparteien beachtet werden mußte, solange nicht auf dem Wege des Arbeitsgerichtsverfahrens die Rechtswidrigkeit des Schiedspruchs bis zur letzten Instanz festgestellt war. Es hätten also nach der Verbindlichkeitserklärung die Kündigungen in der Eisenindustrie zurückgenommen und die Arbeit nach den Bestimmungen des verbindlich erklärten Schiedspruchs fortgesetzt werden müssen. Für den Fall, daß später auf diesem Wege das Reichsarbeitsgericht zu der gleichen Entscheidung wie jetzt gekommen wäre, hätte sich daraus die Notwendigkeit einer neuen Vereinbarung zwischen den Tarifparteien, eventuell wieder auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens, ergeben. Ob sich dann aus der Erfüllung eines rechtsgültigen verbindlichen Schiedspruchs Ersatz- oder Rückzahlungsansprüche ergeben hätten, kann zunächst dahingestellt bleiben. Durch das Verhalten der Unternehmer, insbesondere aus der Durchführung der Aussperrung trotz Verbindlichkeitserklärung haben sich aber unfreies Erachtens die Unternehmer lohnzahlungsspflichtig gemacht. Zum mindesten hätten sie zur Zahlung des Lohnes nach dem früher geltenden Lohntarif an jeden der Aussperrten herangezogen werden können.

Infolge der Vereitelung dieses rechtmäßigen Verkehrs der Dinge von Unternehmerseite waren daher Reichstag und Reichsregierung gezwungen, zur Wahrung der Staatsautorität ihre Hilfe oder vielmehr die Hilfe des ganzen Volkes aus öffentlichen Mitteln allen Aussperrten zuteil werden zu lassen. Daß daneben noch von der Reichsregierung durch die bekannte Beauftragung des Reichsinnenministers Severing in besonderer Weise eingegriffen wurde, lag sowohl im Interesse der Unternehmer wie der ausgesperrten Arbeiter. Denn dadurch war die Möglichkeit gegeben, die Dauer des Notstandes der Aussperrung für die Arbeiterschaft abzukürzen, gleichzeitig aber auch für die Unternehmer die Höhe des durch ihr Verhalten dem Staate erwachsenden materiellen Schadens, zu dessen Ersatz sie für den Fall eines andern Ausganges des nebenherlaufenden Rechtsstreites später auch noch verpflichtet werden konnten, wesentlich abzuschwächen. Es ist also nicht so, daß die Arbeiter der Reichsregierung zu besonderem Dank verpflichtet wären, denn gerade die Unternehmer wurden durch das Eingreifen der Regierung vor weiterem Schaden ihrer Syndizipolitik bewahrt. Die Tatsache, daß sich die Unternehmer viel bereitwilliger der ihnen noch unbekanntem Entscheidung Severings unterworfen haben als der Metallarbeiterverband, läßt erkennen, daß für die ersteren eine auch von Severing zu erwartende materielle Belastung auf dem Lohngebiete weniger ausschlaggebend war, als die in der Luft schwebende materielle Reparation ihrer Aussperrungsposition dem Staate gegenüber. Wir bedauern daher nach wie vor, daß der Reichsinnenminister Severing mit seiner Entscheidung seinem Kollegen, dem Reichsarbeitsminister, nicht noch näher rücken konnte. Aber zu beachten ist, daß auch Severing festgestellt hat, daß das ganze Tarifwesen der nordwestdeutschen Eisenindustrie einer „Gefehimwissenschaft“ gleicht. Diese

Feststellung hätte zweifellos genügt, die breitere Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß hier eine Zwangslage für den ersten Schlichter wie auch für den Reichsarbeitsminister vorlag, die deren Urheber keineswegs dazu berechtigt, dem Staat zu trotzen und seine Macht zu erschüttern.

Daß sich nun diese Tendenz der Unternehmer auch auf die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts ausgedehnt hat, ist nach unserer Auffassung die bedenklichste Erscheinung. Weder sachlich noch ideell hat das Reichsarbeitsgericht mit seiner Entscheidung und Begründung jene Objektivität bewiesen, die ihm die ungeteilte Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes auf den Quadern der Verfassung des neuen Staates sichern könnte. Der Gedanke, daß hier ein Mangel persönlicher Unbefangenheit aus beruflicher und gesellschaftlicher Verbundenheit mitspielt, ist schwer zu unterdrücken. Er wird im Gegenteil noch dadurch unterstrichen, daß im Sinne des zweiten Einwandes von Unternehmerseite die rechtliche Zuständigkeit des Schlichters zur Fällung eines Schiedspruches, der, wie schon erwähnt, noch gar keine Rechtsverbindlichkeit enthält, sondern nur einen letzten Vorschlag für eine Neuregelung streitiger Tariffragen darstellt, in der Begründung der Nichtigerklärung durch das Reichsarbeitsgericht bezweifelt wird. Wenn auch die Unzuständigkeit des Reichsarbeitsgerichts hierfür zugegeben wird, so ist doch nicht zu bestreiten, daß eine diesbezügliche Stellungnahme vorliegt. Daß das Reichsarbeitsgericht, nachdem es diesen Grund für seine Nichtigerklärung des Zöttenschen Schiedspruches selbst ausschaltete, noch berechtigt war, in der Begründung der Nichtigerklärung aus andern Ursachen eine solche Stellung einzunehmen, ist sehr fraglich und wird auch von namhaften Juristen verneint. Es fehlt nur noch, daß diese Stellungnahme auch nur auf die Meinung der richterlichen Beisitzer zurückzuführen wäre; was selbstverständlich ebenfalls der öffentlichen Nachprüfung oder Feststellung entzogen ist. Zwar liegt es ebenso nahe, anzunehmen, daß diese Begründung des Reichsarbeitsgerichts die Zustimmung sowohl der richterlichen Beisitzer wie auch des nichtrichterlichen Beisitzers von Unternehmerseite gefunden haben dürfte. Daß der nichtrichterliche Beisitzer von Arbeiterseite dieser Begründung seine Zustimmung gegeben haben sollte, ist dagegen kaum anzunehmen. Denn dazu ist die Tendenz der Begründung viel zu unsozial und undemokratisch. Sie richtet sich trotz aller Vorbehalte gegen die Autorität des demokratischen Staates. In diesem Sinne und in diesem Falle reichen sich Justiz und Unternehmertum die Hände. Hier tritt das Problem einer Schlichtungskrise hinter dem Aufkommen einer Krise der Rechtsprechung mit politischem Hintergrund offenbar weit zurück. Letztere steht in einer gewissen Parallele zu der in den letzten Jahren so oft und deutlich erkennbar gewordenen Krise der Rechtsprechung auch auf andern Gebieten. Sie läßt deutlich erkennen, daß eine Demokratisierung der Rechtsprechung für die Zukunft des deutschen Volkes ebenso notwendig ist wie die Demokratisierung der Wirtschaft. Als christlicher Staatsbürger, der auf dem Boden der Reichsverfassung steht, wonach die Staatsgewalt vom Volke und nicht von den Richtern ausgehen soll, wird man sogar die Demokratisierung der Rechtsprechung für den Staat und das Volk in seiner Gesamtheit angeht dieses Eingriffes des Reichsarbeitsgerichts in die Souveränität der Staatsgewalt als wesentliche Voraussetzung der Wirtschaftsdemokratisierung beurteilen müssen.

Mag sich daher die „Zeitschrift“ in diesem Falle noch so sehr an juristische Formalien wie an anderslautende Beurteilungen klammern, sie wird dafür höchstens in Unternehmertreuen Gläubige finden. Wir haben

eben eine andre Auffassung von den Ursachen und Wirkungen in diesem Wirtschafts- und Rechtszustand, bei dem wirtschaftliche und politische Probleme sich kreuzen. Auch in der Frage der sogenannten Schlichtungsstrife sind wir anderer Meinung. Gewiß, für bestimmte Teile der Arbeiterschaft wird die indirekte Kastrierung der Schlichter selbständig und verjüngte Lähmung der Staatsgewalt durch das Reichsarbeitsgericht zunächst nicht ohne Nachteile sein; dies gilt aber auch für gewisse Unternehmerkreise. Wir überlassen es der „Zeitschrift“, auszuquadräteln, ob und wieviel ihr Interesselkreis dabei Seide spinnen kann. Ob zu unserm Nachteil oder Vorteil, das überlassen wir zunächst getrost den Iden des März. Die sogenannte Schlichtungsstrife kann uns nur wenig imponieren. Wir sind schon vor fünfzig Jahren ohne eine solche vorwärts gekommen; warum soll das nicht auch in Zukunft möglich sein? Möge daher die „Zeitschrift“ ruhig den längst bei seinen Vätern verammelten Richard Calwer als Geist in ihren Spalten spulen lassen. Wir sehen trotzdem statt der sogenannten Schlichtungsstrife eine Krise der Juristen und ihrer formalen Rechtsprechung weit näher.

### Arbeitsgemeinschaft?

In wenigen Wochen jährt sich die Zeit, in der die graphische Arbeiterschaft mit ihren Unternehmern um eine Verbesserung ihrer Existenzbedingungen kämpfte. Diese Erinnerung reizt alle Wunden wieder auf, die die Zeit nur dürftig vernarben ließ, und die vorjährigen Lohnverhandlungen mit ihrem für die graphische Arbeiterschaft gänzlich unbefriedigenden Ausgang stehen wieder vor dem geistigen Auge. Aus Zeiten der Arbeiterschaft der Schrei nach einer menschenwürdigen Existenz, unterstützt von allem möglichen staatlichen und vergleichenden Material, gefordert aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen; aus Zeiten der Unternehmer nur das harte Nein mit der einzigen, aber billigen Begründung, die Wirtschaft trage keine Lohnerschöpfung. Die dauernden Lohnverhöhungen durch die staatliche Schlichtung vernichtete die Arbeiterschaft. Wir haben einige Tage später dieselben Unternehmer, als sie von den Schlichtern einen billigen Schiedsspruch bekommen hatten, zum Arbeitsminister laufen, um eine bis dahin für untragbar erklärte Lohnerschöpfung durch die  $\text{†††}$  staatliche Schlichtung zum rechtsverbindlichen Lohngehalt für das deutsche Buchdruckgewerbe erklären zu lassen. Und eine geschätzte Regie der Unternehmer, unterstützt von unsern kommunistischen Freunden, sorgte dafür, daß der Groll der Buchdrucker in diesen Märztagen weniger sich gegen die Unternehmer richtete als gegen den staatlichen Schlichtungszwang, durch dessen sinnwidrige Anwendung es der graphischen Arbeiterschaft unmöglich gemacht wurde, im offenen Kampfe sich das zu holen, was ein ebenso rüchständiges wie zwiespältiges Unternehmertum ihm verweigert hatte.

Dürfen wir in diesem Jahre eine bessere Einsicht und ein größeres Verständnis bei unsern Unternehmern erwarten?

Die Arbeiterschaft hat im abgelaufenen Jahr die Entwicklung bei der deutschen Unternehmerschaft mit offenen Augen verfolgt. Diese Entwicklung war, wenn man überhaupt von einer Entwicklung sprechen darf, durchaus rückwärtlich, soweit Arbeiterinteressen in Frage kommen. Wirtschaftliche Frühreizenaturen, die ihre Zeit erkennen oder ihrer Zeit als Führer voraussehen, fehlen der deutschen Wirtschaft fast ganz, und die heute tonangebenden Mittelmaßigkeiten, auf der politischen Seite die um Eugen Berg, auf der wirtschaftlichen die um Borst, sehen ihre vornehmste Aufgabe im Kampf gegen den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, gegen höhere Löhne, gegen die Fortführung der Sozialpolitik, gegen die Demokratisierung der Wirtschaft.

Solange es deutsche Unternehmer gibt, haben sie jede gestellte Lohnforderung als für die Wirtschaft untragbar erklärt, wenn nicht gerade als Anfang einer neuen Situation. Noch nie haben wir erlebt, daß sich eine Gruppe von ihnen zu der volkswirtschaftlichen Wirkung höherer Löhne bekannt hätte, daß eine Gruppe von Unternehmern für das Volksganze oder gar für seine Arbeiterklasse fortschrittliche Forderungen aufgestellt oder entsprechende Wege freiwillig gegangen wäre. Das A und O ihres Strebens ist das nackte Plusmachen für sich, für ihre Gesellschaft, für ihre Kasse. Das illustriert so recht auch unser Prinzipalorgan: „Die Erhaltung und die ruhige Entwicklung unseres für die deutsche Wirtschaft nicht zu entbehrenden Gewerbes ist wichtiger als gewerkschaftliche Interessen, Lohnwünsche der Arbeiter oder sozialistische Hirngespinnste.“ Wenn es eben nach unseren Unternehmern gehen würde, so hätten wir noch heute den unbefruchteten Arbeitstag und einen Lohn, bei dem der Arbeiter eben gerade nicht verhungert.

Die Wirtschaftsgeschichte der letzten 50 Jahre dürfte Leuten, die etwas lernen wollen, doch deutlich zeigen, daß die Gewerkschaften in dieser Zeit die Wegbereiter des Fortschrittes waren und auch heute noch sind. Ein bedürftiges, anspruchloses Volk bildet keine Grundlage für die Bildung von Triebkräften für die Höherführung der Kultur eines Volkes, es gibt auch keine Grundlage als für eine Industrie mit Weltgeltung.

Eine blühende Industrie baut sich niemals für die Dauer auf Gläubersöhnen eines Volkes auf. Die „Zeitschrift“ nennt zwar unsere wirtschaftlichen Erkenntnisse und Forderungen sozialistische Hirngespinnste. Aber auch sie wird sich in einer ruhigen Stunde geteilt müssen, daß die Theorien der bürgerlichen Nationalökonomie eine nach der andern zum älteren Eisen geworfen wurden, weil sie von der Entwicklung längst überholt sind, daß aber die ökonomischen Lehren von Karl Marx in dem Wirtschaftsablauf immer mehr ihre Bestätigung finden.

Die deutsche Wirtschaft schwimmt heute im trüben Wasser der gebundenen Preise durch Kartelle, Syndikate usw. Diese Kartelle wachsen sich immer mehr zu einem Krebsgeschaden der Wirtschaft aus, denn sie wehren nicht nur der Arbeiterklasse ihren Aufstieg, sondern verhindern auch durch ihre Preispolitik ein natürliches Ausweichen von unrentablen, schlecht geteilten Geschäften. Im Handel sind die Kartelle die Hauptursache für dessen Aufblähung, seine starke Überlegung. Für die Preisfestlegung ist immer noch die Parole maßgebend: „Kleiner Umlauf, großer Nutzen.“ Ein typisches Beispiel für die Schädigung weiter Volkstriebe durch die Kartellpreise sei hier nur angeführt, die Preispolitik des ostpreussischen Braunkohlensyndikats. Dieses Syndikat setzt die Verkaufspreise für den Berliner Hausbrand fest. In diesen Preisen sind die Verdienstsparnen der Händler usw. mehr als ausreichend berücksichtigt, so daß die Konjungenossenschaft, die gemeinnützige Berliner Brennstoffgesellschaft und andre Großhändler durchaus in der Lage wären, dem Arbeiter die Kohle wesentlich billiger zu liefern. Das Syndikat läßt sich deshalb einen Revers unterschreiben, der den Händlern die Unterschreitung der Syndikalpreise verbietet, andernfalls ein Entzug der Belieferung eintritt. Ja, es hat sich sogar eine Organisation geschaffen, die durch Kontrollleure die Einhaltung der Syndikalpreise überwachen läßt. Ist dieses künstliche Hochhalten der Preise der für den Haushalt des Arbeiters so wichtigen Kohle gerade in diesem kalten Winter nicht ein volkswirtschaftliches Verbrechen?

Dieses ein Beispiel läßt sich bei vielen im Haushalt des Arbeiters benötigten Konjungenuttern beliebig erweitern. Die Verkaufspreise werden von den Kartellen festgelegt und dürfen weder von den verschiedenen dem Kartell angeschlossenen Werken noch von dem beliebigen Handel unterschritten werden. Die Richtpreise werden aber in den meisten Fällen nach den Gestehungskosten der fabriktions-tetnisch und organisatorisch auf niedriger Stufe stehenden Produktionsstätten aufgestellt. Die Kartelle verhindern somit, daß die bessere Wirtschaftlichkeit vieler Betriebe infolge ihrer Rationalisierung sich in der Senkung der Verkaufspreise ausdrückt. Die ganze Rationalisierung wird dadurch zu einem volkswirtschaftlichen Anfinn.

Wäre es nicht an der Zeit, daß die deutsche Gesetzgebung eine der amerikanischen ähnliche Kartellgesetzgebung schaffen würde, die der deutschen Industrie ihre jegliche Praxis unmöglich machen würde: Schleudern auf dem Weltmarkt auf Grund übersehener Inlandspreise.

Werden die Warenpreise durch die Kartelle hochgehalten, so haben sich die Unternehmervereinigungen die Aufgabe gestellt, die Tariflöhne auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, und auch hier werden für die Lohnfestlegung die wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Betriebe als maßgebend betrachtet. Nun könnte man die Tatsache noch hinzunehmen, wenn besser organisierten und technisch besser eingerichteten Betrieben gestattet würde — wenn diese den Willen dazu haben —, höhere Löhne als die toristischen Mindestlöhne zu zahlen. Das ist aber in den meisten Industrien bei Zahlung von Konventionalftrafen den einzelnen Werken unterlagt. Hat die höhere Produktivität der einzelnen Werke für die darin beschäftigten Arbeiter dann noch einen Vorteil? Soll man dem Betriebsrat noch zumuten, wogu er nach WAG. ja doch verpflichtet wäre, für möglichst hohe Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu sorgen, wenn sich keine Sorge doch nur in klingende Münze für seinen Unternehmer ummünzt?

In unser Buchdruckindustrie haben wir ja von dieser Einstellung der Unternehmer auch einige Proben erhalten. Auch hier hat der DVB. verboten, die Arbeiter an der Wirtschaftlichkeit der Betriebe teilnehmen zu lassen, und so sind sozial eingestellte Unternehmer gezwungen, ihre den Arbeitern gewährten Zulagen unter alle möglichen Bezeichnungen zu verdecken. Ganz ungeniert zeigte der DVB. diese seine Einstellung im Anschluß an die letzte Lohnbewegung im März 1928. Trotz der von einschäftigen Prinzipialen als zu niedrig bezeichneten Lohnverhöhungen, die die graphische Arbeiterschaft gänzlich unbefriedigt ließ, forberten verschiedene Kreisleitungen des DVB. ihre Mitglieder auf, „dem Arbeitsminister nicht dadurch in den Rücken zu fallen, daß über den Rahmen des Schiedsspruchs hinaus in den Betrieben Lohnbewilligungen erfolgen.“ Auch wenn Betriebe noch so sehr in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen, ist es von „Amts“ wegen verboten! Nach dem Stöhnen bei den Lohnverhandlungen bewies dieses Verbot eine ganz besondere Moral.

Auch auf zollpolitischen Gebiete kann man keine Einstellung bei unsern Wirtschaftsführern entdecken, die darauf abgestellt wäre, durch Beschaffung billiger Konsumgüter der Arbeiterschaft die Lebensführung billiger zu gestalten. Das Gegenteil ist der Fall. Arm in Arm mit der Großhandelswirtschaft treten unsere „Wirtschaftsführer“ für hohe Schutzzölle ein. Sie sehen wohl die preistreibende Wirkung dieser Schutzzölle, übersehen aber dabei, daß dieses Forttreiben der notwendigen Bedarfsartikel der arbeitenden Klassen der organisierten Arbeiterschaft die Forderung in die Hand diktiert, von der Wirtschaft wieder

den Ausgleich zu verlangen in Gestalt höherer Löhne. Ein Volk wie das unsre, welches seiner ganzen Struktur nach von der Ausfuhr von Industrierzeugnissen leben muß, mühte vor allem darauf, seiner Arbeiterschaft billige Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zur Verfügung zu stellen. Der englische Staat, der in seinen Lebensbedingungen dem unsern am meisten gleicht, kennt keine Verteuerung der Lebensmittel durch Schutzzölle. Der englische Premierminister Baldwin hat erst in diesen Tagen erklärt, daß für die konservative Partei, also der jetzt herrschenden bürgerlichen Partei, die Einführung irgendwelcher Lebensmittelzölle nicht in Frage kommt, vielmehr sei die ganze Aufmerksamkeit der Partei darauf gerichtet, und das sei eine Lebensfrage für den englischen Staat: „Wie halten wir unsre Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig?“ Es wäre an der Zeit, daß auch unsre Wirtschaftsführer diese zollpolitische Einstellung der englischen Staats- und Wirtschaftsführer sich zu eigen machten.

Unsre ganze Hochschulpolitik mit ihrer Verteuerung der Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft ist diktiert von innerpolitischen Rücksichten, aus Rücksichten auf die einflußreichen Kreise der Großlandwirtschaft, und unsre falsche Wirtschaftspolitik diktiert aus der Rücksichtnahme auf die Kleinewerbetreibenden, den Handel, den „bedrohten“ Mittelstand.

Der ganzen Wirtschaftsführung fehlt der große volkswirtschaftliche Gedanke. Und, ist das nicht verständlich? In überlebigen Ideologien verzwirbelt, steht die bürgerliche Welt, wie durch den neugottischen Ablauf der Wirtschaft die Leistung der Wirtschaft langsam aber sicher ihren Händen entgleiten muß. Will man von den bürgerlichen Parteien verlangen, daß sie diesen Prozeß beschleunigen? Denselben Parteien, die von den Wählerstimmen der rückwärtigen Wirtschaftskreise, dem sogenannten Mittelstand, vegetieren? Will man von ihnen verlangen, daß sie sich selbst das Grab schaufeln?

Wenn man einen feilen Gedanken in den Handlungen und Äußerungen unsrer Wirtschaftsführung erkennen kann, so nur den: Wie ist es möglich, das heutige Eigentumsrecht noch möglichst lange aufrecht zu erhalten. Man glaubt das dadurch am besten erreichen zu können, daß man den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung auf höhere kulturelle Entwicklung entgegentritt.

So ist es ganz natürlich, daß fortschrittliche Gedanken und Forderungen nur aus der aufstrebenden Arbeiterklasse, aus den freien Gewerkschaften kommen. Die Herabsetzung der Preise und höhere Löhne durch bessere Rationalisierung und Organisation der Wirtschaft, Ausschaltung des Zwischenhändlers durch Förderung des Genossenschaftswesens, Einfühlnahme der in der Wirtschaft Tätigen auf die Leistung der Wirtschaft, alles ausgehend von dem Grundgedanken: Höchste Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft bei Anwendung der geringsten Mittel zum Wohle des Volksganges, das sind die Forderungen der freien Gewerkschaften.

Daß wir Buchdrucker diese Gedanken vertreten, paßt ansehnend der „Zeitschrift“ nicht in den Kram. In verschiedenen Nummern der letzten Zeit beschäftigt sie sich mit dem Inhalt unsres „Korr.“ und stellt fest: Der „Korr.“ steif sich mitunter, wenn ihm nicht gerade ein „Zeitschrift“-aufschlag Stoff für einen Leitartikel liefert, wie ein Lehrbuch des Marxismus (im Original gesperrt). Diese Feststellung ist in unsern Augen nun kein Tadel, sondern nur höchstes Lob, da die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine gemeinwirtschaftliche ein Programm der modernen Arbeiterbewegung ist. Die „Zeitschrift“ glaubt demgegenüber noch einmal feststellen zu müssen: „Bei einer auf die Abschaffung des Privateigentums und die Bergesellschaftung der Produktionsmittel gerichteten Einstellung gibt es keine Verdinglichungsmöglichkeit.“ Das Geheimnis des Privatkapitals ist eben den Leuten der „Zeitschrift“ oberster Grundsatz. Aber darüber hinaus ist man über die Zusammenhänge in der Wirtschaft durchaus nicht einig. In der Nr. 48 von 1928 schreibt sie noch: „Die Kräfte der freien Markt-wirtschaft sind jedenfalls stärker als die Tendenz der gebundenen Wirtschaft. Der Monopolismus würde den Tod der Persönlichkeit bedeuten.“ Inzwischen hat sie im „Korr.“ doch wohl einige Zahlen über die immer stärker in die Erscheinung tretende Konzentration der Wirtschaft gesehen, so daß sie in Nr. 7 von 1929 schon schreiben kann: „Die nationale Wirtschaftsentwicklung wird durch die Konzentrationsbewegung, wie sie in Form der Kartellierung, Spundierung oder Verkrüftung in Erscheinung getreten ist, gekennzeichnet.“ Man sieht, man kann mal so und des andre Mal so. Und man kann für diese Haltung der „Zeitschrift“-Redaktion auch ein gewisses Verständnis aufbringen, wenn man bedenkt, daß sich ihre Auftraggeber aus den verschiedensten Stufen wirtschaftlicher Entwicklung zusammensetzen, Klein-, Mittel- und Großbetriebe. Daß die Wünsche und Forderungen der kleineren Kräfte mit denen der Großdrucker in vielen Fragen der Lohn- und Gewerbesteuerpolitik nicht auf eine einheitliche Linie zu bringen sind, hat man ja öfter Gelegenheit zu hören.

So hat die „Zeitschrift“ für die kommende Lohnbewegung ein neues Schlagwort in die Debatte geworfen. Sie empfiehlt uns Buchdruckern eine Arbeitsgemeinschaft mit unsern Unternehmern. Unter Arbeitsgemeinschaft kann man ja nun allerlei verstehen. Hat nicht schon einmal eine Art „Arbeitsgemeinschaft“ im Buchdruckgewerbe bestanden, und ist diese nicht auf Wunsch der Unternehmer befeitigt? Wollte man nicht wieder Herr im eignen Hause

sein und die lästige — wenn auch noch so geringe — Mitbestimmung der Arbeiter los sein? Oder was versteht der Deutsche Buchdrucker-Verein unter Arbeitsgemeinschaft? Man interpretiere uns den Ausdruck doch etwas deutlicher.

Bei der ganzen Einstellung des Deutschen Buchdrucker-Vereins glaube ich nicht an die Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft, wie ich sie auffasse, da ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre unserer Unternehmern eine die Arbeitergemeinschaft einigermassen befriedigende Gewerkepolitik nicht zutraue. Vor allem nicht nach den Erfahrungen der letzten Lohnbewegung. Oder wollen die Unternehmer ihr an der graphischen Arbeitergemeinschaft begangenes Unrecht wieder gutmachen? Dazu bedarf es keiner Arbeitsgemeinschaft. Kapital und Arbeit werden und müssen Gegner sein und bleiben, solange die Arbeiter des Kapitals nicht erkennen, daß das Kapital nur Ergebnis und nicht Voraussetzung der menschlichen Arbeitsleistungen ist. An den Unternehmern liegt es daher, die vorhandenen Gegenstände zwischen Kapital und Arbeit durch Gewährung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen zu mildern. Der Sinn der Wirtschaft bleibe die kulturelle Höherentwicklung des arbeitenden Menschen.

Mögen die Unternehmer bei den kommenden Lohnverhandlungen beweisen, daß sie in wirtschaftlichen Dingen zugänglicher geworden sind, und daß es ihnen mit einer „Arbeitsgemeinschaft“ in diesem Sinne wirklich ernst ist. Berlin. Pieper.

### Tiefdruckausstellung in Hannover

In den Tagen vom 19. bis zum 21. Januar fand im „Volkshaus“ in Hannover eine sehr lehrreiche Tiefdruckausstellung, veranstaltet vom Verein Hannoverscher Drucker, statt. Es war eine große Aufgabe, die sich der Verein gestellt hatte, zu erfüllen, da der Tiefdruck noch jung, aber heute von besonderer Bedeutung im Druckwesen ist. Die Ausstellung war für alle Kreise geöffnet. Der Besuch war ein sehr guter, so daß jede Mühe gelohnt war.

Wenden wir uns nun in kurzen Zügen zur eigentlichen Ausstellung. Der Saal war in einzelne Abteilungen und Nischen aufgeteilt. Von hoch oben sahen sich die Farben der Buchdrucker nebst denen der Republik herab. Als Abschluß die Farben der Stadt Hannover. Gleich beim Eintritt in die Ausstellung trat uns das Bild unfers verstorbenen Führers, des Kollegen Seih, vor Augen, gleichsam als wollte es die Macht und Stärke seiner Person auch in die Ausstellung verpflanzen. Um den Besuchern auch eine Entstehung des Tiefdrucks vor Augen zu führen, hatte uns in liebenswürdiger Weise die Firma Gebr. Jänede & Schneemann, Farbenfabrik Hannover, einen geätzten Zylinder und ein Kalbmeser zur Verfügung gestellt. Auf Wunsch waren stets Kollegen bereit, den Besuchern den Tiefdruck zu erklären und zu demonstrieren. So war es denn einem jeden leicht gemacht, sich von der Fülle des Materials ein genaueres Bild zu machen. Auf einem großen allgemeinen Stand waren Druckmaschinen von führenden Firmen des Tiefdrucks im Inland in gut geordneter Weise ausgestellt. Es waren Drucke von der Bogen- sowie Rollen-tiefdruckmaschine ausgestellt.

Von den Hannoverschen Firmen hatten sich leider nur einige daran beteiligt. Die Firma Edler & Kriehle (Hannover) hatte sehr gute Sachen in Postkarten sowie Werbesachen ausgestellt. Ihr ist es möglich, in jeder Weise mit anderen Firmen in Wettbewerb zu treten. Der „Hannoversche Kurier“ hatte den Besuchern veranschaulicht, wie von der Rolle eine Tiefdruckbeilage entsteht. In mehreren



## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Kuste in Berlin  
Eingetreten: 10. Februar 1879 — Jetzt Invalide



Rollen von 25 Metern zog sich von der Dete herab eine Papierbahn nach der andern herab, unterbrochen von Rollen einer Berliner illustrierten Zeitung („Der Wahre Jakob“). Daran konnte man erkennen, daß der Tiefdruck sich in allen Zweigen des Buchdrucks Eingang verschafft hat. In guter Aufmachung reichten sich nun die einzelnen Firmen anderer deutscher Druckorte an. Von Görreshaus (Köln) waren wunderbare Sachen ausgestellt, auf die das Auge des Besuchers gleich fallen mußte. DuMont-Schauberg (Köln) zeigte wirkungsvolle Plakate und sonstige Druckmaschinen. Weiterhin waren Firmen von Ruhm und Ansehen, wie Brandtstetter (Leipzig), Fischer & Wittig (Leipzig), Fehling (Berlin), Kömmler & Zonas (Dresden), Meisenbach & Riffarth (München), Vipp & Neuschütz (München) usw., vertreten alle zeigten sehr gutes Material in Bildern wie in Zeitschriften. Ein schöner Beweis deutschen Schaffens und mühevoller Arbeit.

In den Abteilungen des Auslandes waren fast alle Staaten vertreten. Die Schweiz und Holland stellten besonders gute Arbeiten zur Schau. Gerade zu Winterlandschaften ist ja der Tiefdruck wie geschaffen; denn die Feinheiten von Licht und Schatten lassen sich wohl selten in einem andern Druckprozeß so wiedergeben wie gerade durch den Tiefdruck. Amerika reichte sich würdig mit seinen wichtigen Kellensachen an. England, Belgien, Frankreich, Japan, Schweden, Ungarn, Polen, Italien waren gleichfalls mit Tiefdruckarbeiten würdig vertreten. Für alle Länder konnte man feststellen, daß der Tiefdruck ein Gebiet ist, dem noch viel Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. In einer besonderen Abteilung fanden wir die Phönix-Werke (Berlin). Mustergütlings ist auch hier geleistet worden. In allen Abteilungen konnte man feststellen, daß der farbige und der dreifarbigige Tiefdruck sich schon den Markt erobert hat.

Wenden wir uns noch kurz zu den führenden Firmen des Maschinenwesens und der Farbenindustrie zu.

Gleich beim Eintritt fanden wir die Firma Gebr. Hartmann (Halle-Blumendorf). An Hand von guten Drucken wurde die Entstehung eines Dreifarbenbildes veranschaulicht. Mancher Late hat durch diese Farben erst einen Begriff davon bekommen, wie ein Druckbild entsteht. Ausgelegte Muster zeigten, daß die Farben der Firma einen guten Druck erzielen lassen und deren Erzeugnisse als Qualität angesprochen werden können. Auch das Werk Industrie Siegburg, eine Farbenfabrik, die jedem Tiefdrucker bekannt ist, stellte zwei große Bilder, die jedem gleich ins Auge fielen, ein Damenbildnis und Rembrandt, aus. Man sah auch hier, daß nur gute Farben den Markt für sich gewinnen können. Ebenso kann die Farbenfabrik Hofmann & Steinberg in Celle als eine Firma bezeichnet werden, die auf allen Gebieten der Farben besserer Beachtung wert ist. Ein Vergleichsdruck, Buchdruck, Offsetdruck, Tiefdruck, war in geschmackvoller Wirkung angeordnet. Hervorhebung verdienen auch die Plakate der „Papag“. Gute Farben verbessern auch einem Werbebild zum Erfolg. Die Farbenfabrik Gebr. Jänede & Schneemann (Hannover) hatte einen guten Stand in geschmackvoller Ausführung. Auch deren Druckzeugnisse, hergestellt in eigener Tiefdruckerei, zeugen von guten Farbeigenschaften. Einige Druckmaschinen in modernen Farbenwirkungen fanden gute Abnahme bei den Besuchern. Eine gute Zusammenstellung in Farbeigenschaften hatte ferner die Firma Gebr. Schmidt (Berlin und Frankfurt a. M.) gebracht. Im Rollen-tiefdruck zeigte sie Muster von Blaufarben im Dreifarbenbild, die starke Beachtung fanden. In einem Schrank war die Entstehung einer Tiefdruckfarbe in ihren Bestandteilen gezeigt. Auch die ausgelegten Druckmaschinen sowie Musterbücher zeigten, daß die Farben und Erzeugnisse der Firma Wertung genießen.

Allen diesen guten Druckmaschinen dienen Maschinenfabriken, die führend auf diesem Gebiete sind. Die Maschinenfabrik Johannsberg bei Geisenheim a. Rh. konnte dies an Hand der ausgestellten Drucke beweisen. In ein- und mehrfarbigen Drucken leisten diese Maschinen gute Qualitätsarbeiten. Die Schnellpressenfabrik Frantenthal Albert & Co. hatte ebenfalls gute Erzeugnisse zur Ausstellung gebracht. Man sah hier auch an ausländischen Druckmaschinen, daß die deutschen Maschinen sich behaupten. Im Auslande werden gerade deutsche Tiefdruckmaschinen und -farben bevorzugt. Unsere Lichtbildner des Vereins zeigten uns, daß zum guten Druck auch ein gutes Bild gehört. Möge nun allen Ausstellern ein guter Erfolg von der Tiefdruckausstellung Hannover beschieden sein. Allen, die uns zum Erfolg der Ausstellung verhelfen, ganz besonders auch unsern Berliner Tiefdruckerkollegen, nochmals besten Dank für Mühe und Arbeit. W. Th.

### Korrespondenzen

**Baden-Baden.** Unsere Generalversammlung am 19. Januar hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende zunächst unfers so unerwartet rasch dahingegangenen Führers, des Kollegen Joseph Seih, seine großen Verdienste um unsere Organisation betonend. Die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen in üblicher Weise. Nach Erledigung einiger Mitteilungen erstattete Vorsitzender Pfister den Jahresbericht. Der Mitgliederstand betrug am Jahresabschluss 66. Die gewerbliche Tätigkeit an hiesigen Orte war im vergangenen Jahre flau, weshalb die Zahl der Gehilfen zurückging und die Konditionslohnziffer ihren Höchststand erreichte. Anschließend an den Jahresbericht erstattete Kollege Ernst den Kassenbericht. Beiden

### Honoré Daumier

zu seinem 50. Todestag am 11. Februar 1929

„Je suis de mon temps“  
„Ich bin ein Kind meiner Zeit.“

Nach einem unerklärlichen Rückschlag des Schicksals ist auch Honoré Daumier bis auf den heutigen Tag noch nicht zum geistigen und seelischen Besitz der arbeitenden Menschheit geworden, vielen ist er, der tapferste und genialste bildende Künstler der ewigen Revolution, noch unbekannt, sein Werk liegt wie eingefarrt in wenigen Museen und Privatansammlungen, aber nicht das Volk, dem er Kämpfer und Räuber ward, kennt und liebt ihn in seiner wirklichen und nachdauernden Bedeutung. An diese Tragik muß erinnert werden, heute, an seinem 50. Todestag, und nachfolgende Zeiten möchten sich um eine Vermittlung seines unsterblichen Wertes bemüht haben. Denn es genügt nicht, nur im Pantheon der Kunstgeschichte aufgeführt zu sein.

Geboren ist Daumier am 26. Februar 1808 in Marseille als Sohn eines Glasermeisters, den nebenher harmlose poetische Versuche in einen besseren Himmel heben sollten. Honoré Daumiers Kindheit verlief in dem Rhythmus jener armenigen Gesellschaft, die das Schicksal unterer Volksschichten ist: sie war hart und nüchtern, ohne die Musik und Feierlichkeit eines schöneren Lebens. Dann wurde der junge Daumier Laufbursche bei einem Advokaten, später Buchhändlergehilfe. Das war noch kein Beruf, aber ein ungewöhnliches zeichnerisches Temperament trieb ihn mit frühen Jahren in die Bezirke der Kunst, autodidaktisch bahnte er sich seinen Weg, die Technik des Lithographierens von einem Bekannten erlernend, und mit harmloser Gebrauchsgraphik mußte er sich anfänglich, schon besessen vom künstlerischen Genie, sein Brot verdienen. Später hatte er Gelegenheit, im Atelier des Marinemalers Eugène Boudin, einem Vorläufer des Impressionismus, sein

Talent weiter auszubilden. Doch bald schon, kaum dreißigjährig, fand er das geeignete Ventil für seine künstlerische und zeitkritische Leidenschaft: im Jahre 1831 gründete der Verleger Charles Philipon, wohl einer der besten literarischen Vertreter des französischen Liberalismus, die satirische Zeitschrift „La Caricature“, die später in dem täglich erscheinenden „Le Charivari“ fortgeführt wurde, und dem Daumier über 40 Jahre Mitarbeiter blieb. Das französische Volk, das im Jahre 1830 daranging, die erhabenen Ideale der großen bürgerlichen Revolution von 1789, die die Abführung der feudalen Herrschaft einleitete, zu verwirklichen, wurde um den Sieg seiner opferreichen Bemühungen betrogen. Der gewählte neue Herrscher Frankreichs, Louis Philippe von Orleans, verstand es wohl in den ersten Jahren seiner Bürgerkönigsregierung, die nichts weiter als eine Regierung der Bankiers war, dem Volk den goldenen Sand der Wehrung in die Augen zu streuen und ihm auf verhältnismäßig plumpe Art zu schmeicheln, damit es über seine verlorne Geschäftigkeit und „Habsucht“ hinweg sah, aber doch bald regten sich die Tapfersten und durchschaute das ganze Manöver. Charles Philipon wurde zu einem der erbittertesten Gegner der Juli-Monarchie und sammelte um seine beiden Oppositionszeitschriften die besten Köpfe der revolutionären Demokratie. Das war für Daumier der Platz, auf den er gehörte, und von dem aus er die geistvollsten und gefährlichsten Attaken gegen die Feinde und Knieknicker der Revolution ritt. Hier, in der „Caricature“ konnte er sich austoben. Hier und im späteren „Charivari“ erschienen die Unzahl der bisfisten Lithographien und Holzschnitte, die die Grimasse jener Zeit, Feigheit, Heuchelei und Habsucht der Herrschenden, nackt enthielten, jene unsterblichen, von einem genialen, kraftvollen Keintlichkeitsfanatismus des Empörers befehligen Zeichnungen. Daumier war kein Künstler l'art pour l'art, er war ein Mann

des Volkes, Revolutionär, Politiker, der nur das auf den Stein setzte, was ihm im Herzen brannte. Alles Gesehene, Erlebte und Erklittene wurde unter der unbarmerzigen Wahrheit seines Griffels zur Anklage, zur Satire, zur Karikatur: die Gedrilltheit der Zukunft, die sich selbst in ihrer geistigen Aufgeblafenheit zum Richter über das gemeine Volk erkor, die menschliche Erbärmlichkeit der Hölflinge, der parlamentarische Krelinismus, die elende Kriederei der Beamteten. Da erließ 1835 der brennensköpfige Louis Philippe die berüchtigten Septemberegesetze, die jede Karikatur der politischen Zustände verboten, und denen auch die „Caricature“ zum Opfer fiel. Daumier, der den König als gefräßigen Niesen parodierte, mußte wegen Majestätsbeleidigung und Pressevergehen ein halbes Jahr ins Gefängnis. Charles Philipon gründete nun die schon mehrmals genannte Zeitschrift „Le Charivari“, die sich die satirische Blockfeste der bürgerlichen Welt, ihre Intimen, lächerlichen, verschrobene Beziehungen zueinander und untereinander zur Aufgabe gestellt hatte. Auch hierin sprang Daumier wieder auf die Schanze, und so entstand in seinen Zeichnungen die vortrefflichste Naturgeschichte der bürgerlichen Eliten. Was in diesem Herbarium menschlicher Dummheiten sorgsam präpariert und gesammelt wurde, ist in seiner ständigen Aktualität von ewigem Wert. Man muß sich diese Blätter, die von einer hellseherischen Gründlichkeit und Kenntnis der Objekte diktiert sind, immer wieder anschauen, um diese in aller Armeigkeit entblößten Gestalten einer immer noch nicht ausgestorbenen Spezies von Menschen, diese bürokratischen Dabäuche, diese senilen Regierer, diese höflichen Vertreter der Justiz und der Parlamente so recht als Mahnung und auch als agitatorisches Kampfmittel wirksamen zu können.

Das Jahr 1848 sollte diesen lächerlichen Zauber mit dem eisernen Befehl des revolutionären Volkes in den

Referenten wurde der Dank der Versammlung ausgesprochen. Die Vorstandswahl brachte wenig Änderung, mit Ausnahme des Kassierers und Lehrlingsleiters; es wurden als Kassierer Kollege H e i m b e l und als Lehrlingsleiter Kollege L a n g neugewählt. Es folgte noch die Erledigung interner Angelegenheiten. Mit einem Appell an die Gesamtmittgliedschaft im kommenden Jahre durch den Vorstand zu unterstützen, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Berlin.** (M a s c h i n e n s e t z e r.) Am 20. Januar fand die Generalversammlung des Brandenburgischen Maschinenvereins in den „Kammerjäten“ statt. Neben den Delegierten der Ortsgruppen waren die Berliner Mitglieder so zahlreich vertreten, daß die Versammlung von etwa tausend Maschinisten besucht war. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Beratung und Beschlußfassung der Anträge zur Statutenänderung; 3. Neuwahl des Vorstandes, des Spartenvertreter für den Gauvorstand, der Kommissionen usw.; 4. Neuaufnahmen; 5. Verchiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Waslo dem am 3. Januar verchiedenen Kassierer des Vereins, dem Kollegen Siegfried Elias, einen warmen Nachruf, der von der Versammlung lebhaft angenommen wurde. In den dann folgenden Vereinsmitteilungen wurden Differenzen mit der Handseherpartei und die Beschlüsse der letzten Gauvorsteherkonferenz besprochen. Einen weiteren großen Raum in der Versammlung nahm die Vorstandswahl ein. Ein Antrag des Kollegen Lehmann, der die en bloc-Wahl des alten Vorstandes empfahl, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Als erster Vorwähler wurde Kollege M a h l o und an Stelle des verstorbenen Kollegen Elias der Kollege S a m p e l als Kassierer gewählt. Als Vertreter der Sparte für den Gauvorstand wurde der erste Vorsitzende einstimmig gewählt. Wegen vorgeschrittener Zeit wurden die Wahlen zu den Kommissionen und die Beratung der Anträge auf die Tagesordnung der nächsten Vereinsversammlung geschleift.

**Breslau.** Am 20. Januar versammelten sich hier die Bezirksvorsteher des Gauces Schlesien zu einer K o n f e r e n z, um gemeinsam mit dem Gauvorstand zu verchiedenen organisatorischen und tarifischen Fragen Stellung zu nehmen. Nach Begrüßung durch Kollegen F i e d l e r ehrte die Versammlung das Andenken ihres verstorbenen Verbandsvorsitzenden Seih. Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Statistik vom 7. November gab Kollege F i e d l e r ein klares Bild über die Verhältnisse im Gau. Er kritisierte dabei besonders das Angelegenheitsverhältnis einiger im technischen Betrieb beschäftigten Kollegen. Gegen die damit verbundene unaristifische Kündigungskritik sei das Schiedsamt angerufen worden. Auch das Arbeitsundenwesen und die unaristifische Maschinenbedienung fand eine eingehende Kritik. Sehr gründlich wurde das Lehrlingswesen behandelt, wobei die Kollegsfrage eine große Rolle spielte, da im letzten Jahre mehrere Klagen mit Erfolg durchgeführt werden konnten. Um die Überschreitung der Lehrlingskafala in kleinen Druckereien, besonders der Provinz, zu verhindern, sei es notwendig, daß endlich auch in Schlesien die Lehrlingsordnung eingeführt wird. Auch auf die Sachauschüsse ging er näher ein. Anschließend berichteten die Bezirksvorsteher über die Verhältnisse in ihren Bezirken. Hierbei kam zum Ausdruck, daß viele Zwergbetriebe fast nur mit Lehrlingen arbeiten und die Ausbildung meist mangelhaft ist. Die Aussprache war sehr anregend. In Anbetracht der Verhältnisse sei die Kündigung des Lohnaristif selbstverständlich. Eingehend wurde auch die Stereotypauftrag besprochen, wobei gefordert wurde, alle Stellen mit gelerntem Kollegen zu besetzen. Bei Mangel an solchen sind Seher oder Drucker als Stereotypreue auszubilden. Auch die Korrektorenposten seien mit Buchdruckern zu besetzen. Dadurch könnten noch viele arbeitslose Kollegen untergebracht werden. Kollege B a l f u r h a n n stellte sich als stellvertretender Gauvorsteher vor und bat um tatkräftige Unterstützung.

Im Schlußwort ging Kollege F i e d l e r kurz auf alle Anregungen ein und leitete mit, daß der Gautag am 4. und 5. Mai in Gleiwitz stattfindet. Der sich vor allem mit den Unterstützungseinrichtungen des Gauces zu befassen hat. Zu dieser Frage erhielt Kollege F o r e r i c h t e r das Wort. In Hand der gedruckt vorliegenden Vorschläge des Gauvorstandes ging er unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz ausführlich auf das gesamte Unterstützungswesen ein und begründete mit reichem Zahlenmaterial die vorge schlagenen Änderungen, um endlich den Verbandstagsbeschlüssen, die Zusatzkafalen abzubauen, nachzukommen. Mit der neuen Regelung der zentralen Invalidenunterstützung konnte sich Redner nicht befremden. Er hält nach wie vor die Lösung in der Weise für gangbar, daß jeder Beitrag bei Festsetzung dieser Unterstützung berechnet wird, wodurch Härten vermieden würden. Auch die Neuregelung der Demuteration erläuterte er mit mehreren Beispielen. Die Diskussion ergab, daß die Vorschläge der Gauvorsteherkonferenz, die Invalidenunterstützung betreffend, nicht befriedigen. Der Vorschlag des Referenten wurde im allgemeinen als gangbar bezeichnet. Allgemeine Zustimmung fanden die Anträge des Gauvorstandes zur Liquidation der Unterstützungseinrichtungen des Gauces. Unter „Verchiedenem“ wurden noch einige verwaltungstechnische Fragen behandelt, auch wurde auf die Betriebsratswahlen hingewiesen. Mit Worten des Dankes für die geleistete Arbeit und der Bitte, im Sinne der Aussprache in den Bezirken tätig zu sein, schloß Kollege F i e d l e r die Konferenz.

**Burg b. M.** (H a n d s e h e r.) Die am 15. November 1928 gegründete hiesige Handsehervereinigung hatte ihre Mitglieder am 19. Januar zu einer V e r s a m m l u n g eingeladen, in der Kollege B o d e (Leipzig) einen Vortrag über Zweck und Ziele der Handsehervereinigung hielt. Die Ausführungen fanden das ungeteilte Interesse aller Anwesenden und lösten am Schluß ungeheuren Beifall aus. Vorsitzender T a n t sprach dem Referenten Dank aus und bat die Anwesenden, das Gehörte zu verwerten und unter denen zu wirken, die unserer Bewegung noch fernstehen. Beim Punkt „Statutenberatung“ wurden die vorliegenden Statuten mit einigen Änderungen angenommen. Unter „Verchiedenem“ entspann sich noch eine rege Aussprache über örtliche Angelegenheiten.

**Dresden.** (S t e r e o t y p e u r e u n d G a l v a n o p l a t t e r.) In unserer gutbesuchten Hauptversammlung am 20. Januar, an welcher auch der Gauvorstand und Vertreter der anderen Sparten teilnahmen, erstattete der Vorsitzende nach Erledigung der üblichen Vereinsgeschäfte den Jahresbericht. In eingehender Weise schilderte er die Vorkommnisse des vergangenen Jahres. Er erwähnte im besonderen, daß die Sparte im Berichtsjahre ihr 30jähriges Bestehen feiern konnte und welche intensive Organisationsarbeit geleistet werden mußte, um die Sparte auf die jetzige Höhe zu bringen. In seinem Schlußwort erwähnte er die Kollegen, auch fernerhin der Sparte wie bisher die Treue zu bewahren und im besonderen darauf zu achten, daß der Tarif und die Sonderbestimmungen für Stereotypreue und Galvanoplastiker streng durchgeführt werden. Der Mitgliederbestand ist im Jahre 1928 auf 83 gestiegen. Eine Debatte über den Jahresbericht fand nicht statt, selbiger wurde in allen seinen Teilen gutgeheißen. Sodann gab der Kassierer den Kassierenbericht, der auch einstimmig genehmigt wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dem Vorstand wurde vollstes Vertrauen und Dank für seine geleistete Arbeit ausgesprochen; er wurde in seiner Gesamtheit einstimmig wiedergewählt. Der Beitrag blieb in seiner bisherigen Höhe bestehen. Um den Provinzkollegen gerecht zu werden und ihnen zu ermöglichen, auch die Versammlungen zu besuchen, wurde ein Antrag, die Quartalsversammlungen Sonntags abzuhalten, einstimmig angenommen. Nach Erledigung verchiedener interner Angelegenheiten erreichte die gutbesuchte Versammlung ihr Ende. — Hieran schloß sich ein gemütliches Beisammeln der Mitglieder mit ihren Damen, wobei der kollegiale Geist der Spartenmitglieder zum Ausdruck kam.

**Konstanz.** In unserer gutbesuchten Generalversammlung am 19. Januar gedachte Vorsitzender P a u l S c h w a r z in erhabenen Worten unfres verstorbenen ersten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Seih. Die Versammlung ehrte dessen Andenken durch Erheben von den Sigen. Kollege S c h w a r z schilderte lebhaft in seinem Jahresbericht in längeren Ausführungen die Besammlungen des verstorbenen Jahres. Der Kassierenbericht ist günstig zu nennen. Nach dem Bericht der Revisoren erfolgte die Entlastung unfres Kassierers Jacob. Nach einem ausführlichen Bericht des Lehrlingsleiters Kollegen F e l a r e t über die Lehrlingsabteilung und dem des Leiters der Seihers Seihers wurde zur Neuwahl des Gesamtvorstandes geschritten. Diese fand sehr rasche Erledigung, indem der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Ein Beiherr wurde neugewählt. Die Kollegen W e i ß u n d S p e n n e m a n n schilderten in längerem Vortrag ihre Erkenntnisse und Eindrücke auf der „Festiva“, was von der Versammlung reich verankt wurde. Der Kassierenbericht wurde debattelos entgegengenommen. Zum Schluß fanden noch einige interne Angelegenheiten Erledigung.

**Welle i. Hann.** Vor Eintritt in die Tagesordnung unfres Generalversammlung am 19. Januar gedachte Vorsitzender W i n n e f e l d zunächst unfres verstorbenen ersten Verbandsvorsitzenden Joseph Seih. Er erinnerte im besondern daran, daß es Kollegen Seih vergönnt gewesen sei, unfren Verband durch die schweren Nachkriegsjahre mit ihrer Inflationzeit hindurchzuführen, und daß es vor allen Dingen sein Verdienst gewesen wäre, wenn unfre Organisation zur alten Größe und Stärke emporwuchs. Die Kollegen hatten sich zu Ehren ihres verstorbenen Führers erhoben. Im Jahresbericht führte der Vorsitzende aus, daß das abgelaufene Jahr für den Ortsverein wohl das unglücklichste gewesen sei seit seinem dreißigjährigen Bestehen. Die Mitgliederzahl sei von 78 auf 48 gefallen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1929 wieder einen Aufstieg bringen möge. In einem sehr instruktiven Referat berichtete sodann Bezirksvorsitzender H e r l i c h u s (Dombau) über die letzte Gauvorsteherkonferenz. Der Kassierenbericht wies ein Gesamtvermögen am Ende des Jahres von 734 M. aus. Die Vorstandswahl brachte keine Veränderung. Als Vorsitzender wurde A. W i n n e f e l d und als Kassierer Kollege K ö r b e r gewählt. Desgleichen wurde als Lehrlingsleiter Kollege P h i l i p p s bestätigt. Interne Angelegenheiten lösten lebhaft Diskussionen aus. Mit Dank an Kollegen Herlichius und dem Wunsch, daß auch im neuen Jahre die Kollegenschaft fest zusammenstehen möge, schloß die leblich besuchte Versammlung ab.

**Münberg.** Im November/Dezember v. J. fanden bei der Handwerkskammer Mittelstranfen Meisterprüfungen statt, an welchen sich ein Prüfling aus Wldorf, zwei aus Erlangen, neun aus Münberg und zwei aus Jirndorf beteiligten. Die Prüfung bestanden fünf Prüflinge mit Note 2 (Gut), vier mit Note 3 (Befriedigend) und vier mit Note 4 (Genügend), ein Prüfling hat nicht bestanden. Die meisten Prüflinge hatten sich bei der hiesigen Buchdruckerfachschule einem Vorbereitungskurs unterzogen, was sich bei der Prüfungsabnahme sehr bemerkbar machte. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die auf der Höhe der Zeit stehende hiesige Buchdruckerfachschule unter der Leitung des Gewerbeschulelehrers Gottlieb Fischer über sehr gute Lehrkräfte verfügt.

**Teuberg, St. Georgen, Hornberg.** Unser gemeinsamer Ortsverein hielt am 13. Januar in St. Georgen seine diesjährige Generalversammlung ab. Dieser ging eine Betriebsversammlung der Firma H e i ß (St. Georgen) voraus, der auch Bezirksvorsitzender K e i ß e l (Rath) beizuhnte. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Kollege H a s (St. Georgen), erstattete in der Generalversammlung einen ausführlichen Jahresbericht, dem Kollege F ä h e r l den Kassierenbericht folgen ließ. Hierauf folgten die Kassierenberichte sowie Ausführungen über die Tätigkeit der Ortsgruppe des Bildungsausschusses und der Wüchsigende-Gulenberg. Der vorgelegene Vortrag des Kollegen Keitel mußte infolge der vorgeschrittenen Zeit ausfallen. Die nun fol-

Wind fegen; begrüßt begrüßte Daumier den Zustand, der den König in die Flucht schlug, aber allzu bald sollte wieder die blutige errungene innerpolitische Freiheit durch den Staatsstreich Napoleons III. im Jahre 1851 verloren gehen. Da ersahen Daumier wieder auf der politischen Tribüne der Zeit, erfüllt von reinem Pathos der Revolution gelafete er auch die Schwächen der neuen Era, um dann zum erbitterten Gegner Napoleons III. und seiner volksfeindlichen Trabanten zu werden. Der Wahnsinn des Militarismus, die Aufgelassenheit des politischen Betriebs, die Selbstherrlichkeit eines kleinen Monarchen und der Volksbetrug par excellence triumphierten wieder. Napoleon III., dem man die sinnlosten Kriege zu führen gestattete, gegen Österreich, gegen Rußland, gegen Mexiko und zu allererst noch gegen Deutschland, wurde zum Anglist Frankreichs. Daumier, wenn auch noch kein Sozialist, aber ein tapferer Kämpfer der Menschlichkeit und des Friedens, steht mit seiner Kunst, die zur Waffe wurde, auf der Seite des revolutionären Volkes, das gegen das verbrecherische Treiben der militaristischen und monarchistischen Kräfte in harter Entschlossenheit rebelliert, und glorifiziert die hehren Ideale der Republik und der demokratischen Gesinnung.

Weithin der größte Teil der köstlichen Lithographien Daumiers sind auf Zeitungspapier gedruckt worden, waren Tagesarbeit, geladen mit Aktualität. Für diese biffige Form eines zeitgenössischen Journalismus hat die zünftige Kunstgeschichtsschreibung auch gleich eine fertige Einordnung zur Hand: Karikaturist. War Daumier zufolge seiner unvergleichlichen Künstlerkraft schon ein solcher mehr als das, nämlich einer der größten Erzieher des Menschengeschlechts, so bedauert mit Recht der bekannte Kulturhistoriker Eduard Fuchs, einer der feinsten Kenner Daumierischer Kunst, den Mangel einer Würdigung des Malers Daumier. In seinen Gemälden lebt der materielle

Geist Rembrandts, und wenn man mitunter gewisse Einflüsse von Corrot, Millet, Diaz zu empfinden vermag, so sind sie doch in ihrer dramatischen und monumentalen Gesamtheit, geschöpft aus einer großen menschlichen Weltanschauung, von grandioser Einmaligkeit. Schon beim Anblick einiger früherer Lithographien jubelte Balzac: „Der Keel hat ja was von Michelangelo unterm Fell!“ Ähnliche werturteilende Empfindungen hatte auch der französische Landschaftsmaler Daubigny, ein Zeitgenosse Daumiers, als er in der Sixtinischen Kapelle die Deckengemälde Michelangelos bewunderte und entzückt ausrief: „Das ist Daumier!“ Und es ist nicht eine Würdigung von ungefähr, wenn der bekannte Kunstgeschichtler Karl Scheffler (in seiner „Geschichte der europäischen Kunst“) sich die französischen Maler des 19. Jahrhunderts, Courbet, Delacroix nicht ohne die Vorarbeit Daumiers vorstellen kann. All das aber konnte seine Zeitgenossen nicht hindern, ihn als Maler zu verzeihen. Erst auf dem Pariser Weltausstellung um die Jahrhundertwende, 20 Jahre nach seinem Tode, nachdem die von einigen Freunden unter dem Komiteevorsitz Viktor Hugo im Frühjahr 1878 veranstaltete erste Kollektivausstellung zu einem finanziellen Fiasko wurde, konnte auch diese schöpferische Seele seitens künstlerischen Temperaments weiteren Arbeiten bejaht werden. In dieser endlichen Anerkennung sollten nunmehr Sammler und Kunsthändler Millionen verdienen. ... Nach neunjähriger Blindheit schied er am 11. Februar 1879 aus einem Dasein von ähnerer Dürftigkeit.

Das Werk Honoré Daumiers enthält etwa 4000 Lithographien, 1000 Holzschritte und etwa 500 Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen; in der Tat, eine herrliche Hinterlassenschaft, die uns da geschenkt wurde. Man muß E d u a r d F u c h s für die Publizierung seines großartigen dreibändigen Wertes der Lithographien, der Sammlung der Holzschritte und des schönen Wertes über den „Maler

Daumier“ (nämlich bei Albert Langen, München) dankbar sein. Fuchs hat diesen genannten Ausgaben instruktive, über Zeit, Technik, Entwicklung Daumiers vorzüglich unterrichtende Einteilungen beigegeben, die auch als geistvolle Zeugnisse einer modernen, am historischen Materialismus orientierten Kunstgeschichtsschreibung angesehen werden müssen. Während die Publikationen von Eduard Fuchs chronologisch gefügt sind (d. h. vor allem der Entwicklung des graphischen Stils nachgehend), ist die auf neun Bände angelegte Sammlung von H a n s K o t h e „Daumier und wir“ thematisch geordnet. Die äußerst preiswerten Bände, von denen bis jetzt (vom Verlag Paul List, Leipzig) die Veröffentlichungen „Daumier und der Krieg“, „Daumier und die Politik“, „Daumier und die Zukunft“, „Daumier und das Theater“ und „Daumier und die Ehe“ vorgelegt wurden, haben ihren besonderen Wert in der beachtlichen Verlebendigung dieser ewig aktuellen Themen. Der Herausgeber hat zu diesen Bänden temperamentvolle und von einer zeitkritischen Elektrizität geladene Einteilungen geschrieben, die wieder das jugendfrische Werk Daumiers in den sozialen und politischen Kampf unfres Zeit stellen. Somit sind beide Sammlungen, die von Hans Kothé wie auch die von Eduard Fuchs, die beide nicht nur die „historische Persönlichkeit“ würdigen wollen, sondern ihn zum Propheten und Richter unfres Wirklichkeit erheben, großartige Monumente unfres Zeit, für unfre Zeit. Sie, die jeders Arbeiterheim oder doch wenigstens jede Volks- und Arbeiterbibliothek ihr eigen nennen sollte, retten das unsterbliche Werk dieses wahrhaft guten Menschen, dieses großen Künstlers und dieses großen Republikaners, wie (sinngemäß) auf der einfachen Steinplatte auf dem Pere-Lachaise in Paris, wo er begraben liegt, zu lesen ist: Hinüber in den ewigen Glauben der arbeitenden Menschheit.

Walter G. D i e t e r s (Berlin).



Bura), 49 (Preislauf Standen) und 46 (Winda), um deren ...

Schweizer-Ebene: In der Reihenfolge des Ein- ...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: ...

Veranstaltungen: die voraussichtlich erst nach Geschäftsschluss ...

Neuaufgabe des Vereines der Fremden-Verkehrskasse ...

Neuzeitlich: Die Kollegen Ferdinand Weingarten ...

Edelkassenveränderungen

Augsburg: Vorsitzender: Reinhold Stier, Schmiedebrau ...

Dresden: (Maschinenfabrik-Vereinigung) Kassierer: Franz ...

Damburg: (Maschinenfabrik) Kassierer: Franz Rita, Dam- ...

Kirchheim (M.-L.): Vorsitzender: Max Rogall, Kirch- ...

Dobrilina (M.-L.): Vorsitzender: Hans Weyer, ...

Markenburger: Vorsitzender: Henry Fischer, ...

Trebbin: Vorsitzender: Kurt Gellert, ...

Sitzau: (West): (Maschinenfabrik) Vorsitzender: Max ...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):

Im Gau Berlin die Gebr. H. Kurt Domjager, ...

Im Gau Chemnitz die Gebr. Joseph Krauß, ...

Witten: Allen durchreisenden Kollegen zur Kenntnis ...

Witten: (Witten) Vorsitzender: Hans Weyer, ...

Witten: (Witten) Vorsitzender: Hans Weyer, ...

Witten: (Witten) Vorsitzender: Hans Weyer, ...

Hauptverwaltung, Bericht vom Monat Dezember 1928. ...

Table with columns: Besäftigungsort, in der Kasse, in der Orts, Unter- ...

Im Unterföhrungsbezug verblieben am 20. Dezember 1928: ...

Unterföhrungstage im Dezember 1927: ...

Unterföhrung wurde gezahlt: ...

Arbeitslofenunterföhrungstage wurden gezahlt: ...

Veranlagung: Veranlagung Sonnabend, den 9. Februar, ...

Darmstadt: Veranlagung Sonnabend, den 17. Februar, ...

Witten: Veranlagung Sonnabend, den 22. Februar, ...

Witten: Veranlagung Sonnabend, den 22. Februar, ...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die Nebenspalte ... Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art

Anzeigengeschäftlicher Art